




Tschernobyl mahnt ? die Zukunft ist erneuerbar

Tschernobyl mahnt - die Zukunft ist erneuerbar
Zum 27. Jahrestag der Atomkatastrophe im Kernkraftwerk Tschernobyl erklären Katrin Göring-Eckardt und Jürgen Trittin, Spitzenkandidaten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Auch 27 Jahre nach Tschernobyl und 2 Jahre nach Fukushima weigern sich weite Teile von CDU/CSU und FDP immer noch, einen klaren eindeutigen Kurs gegen die Atomkraft einzuschlagen. Die Atomindustrie setzt auf diese unverantwortliche Ignoranz. Währenddessen ist in Tschernobyl ist der alte Sarkophag vom Einsturz bedroht, für die neue Hülle ist zu wenig Geld vorhanden. In Japan und darüber hinaus wird TEPCO scharf kritisiert für seine mangelhaften Bemühungen in Fukushima weitere radioaktive Freisetzungen zu verhindern, nicht zuletzt auch von der IAEA. Immer wieder wird der Austritt radioaktiven Wassers gemeldet, Rückbau und Einschluss der Gebäude erfolgen immer noch sehr provisorisch.
Schwarz-gelbe Verantwortungslosigkeit zeigt beim Umgang mit unseren AKWs und unserem Atommüll. Die Merkel-Regierung hält immer noch Nachrüstungen für die deutschen AKWs als Folge der Katastrophe von Fukushima für nicht notwendig. Ebenso wie nach Tschernobyl werden die Gefahren der Atomtechnologie verleugnet und die Katastrophen als singuläre Ereignisse dargestellt, die sich in Deutschland nicht wiederholen können. Kaum wurde ein überparteilicher Konsens über einen Neuanfang in der Endlagersuche erzielt, verneint die Regierungskoalition, dass es bei der Auswahl und den Arbeiten in Gorleben zu Fehlern gekommen ist. CSU in Bayern und CDU in Baden-Württemberg legen sich schon jetzt fest, dass es in ihren Bundesländern kein Endlager geben darf. Und selbst bei der Zwischenlagerung der restlichen 26 Castoren sperren sich CSU/CDU und FDP. Während Volker Bouffier noch 2010 dem damaligen Ministerpräsidenten und Parteifreund Wulff zugesagt hat, Gorleben von weiteren Transporten zu verschonen, schließt er ein solches Vorgehen jetzt von vornherein aus. Derweil schlägt sich Wolfgang Kubicki auf die Seite von Bürgermeistern sich gegen die Abschaltung "ihrer" AKWs vor Ort stellen, aber den Atommüll nicht bei sich haben wollen.
Tschernobyl und Fukushima erinnern uns dauerhaft an die furchtbaren Folgen atomarer Katastrophen. Es wird Zeit, dass CDU/CSU und FDP sowie die AKW-Betreiber endlich Verantwortung für die Folgen der Atomkraft übernehmen. Die Zukunft ist erneuerbar."
PRESSEDIENST BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Bundesvorstand
Dr. Jens Althoff, Pressesprecher
Platz vor dem Neuen Tor 1 * 10115 Berlin
Email: presse@gruene.de
Tel: 030 - 28442 130 * Fax: 030 - 28442 234


Pressekontakt

Bündnis 90/Die Grünen

11015 Berlin

<mailto:presse@gruene.de>

Firmenkontakt

Bündnis 90/Die Grünen

11015 Berlin

<mailto:presse@gruene.de>

Wir wollen mit unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik die Voraussetzungen für neue Ausbildungsplätze und Arbeitsplätze mit Zukunft schaffen und soziale Ausgrenzung bekämpfen. Wir wollen den Kampf gegen die Klimazerstörung und für eine neue Energiepolitik verstärken. Unsere Wirtschaft wollen wir ressourcenschonend gestalten. Wir wollen eine neue Landwirtschaft und starke ländliche Räume, wir wollen die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher stärken und gesunde Lebensmittel für alle. Für uns hat die Gesundheit der Verbraucherinnen und Verbraucher Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen. Wir wollen den Menschen durch Bildung eine Zukunftsperspektive geben. Wir wollen das Engagement für Demokratie, Bürgerrechte, Minderheiten und eine weltoffene Gesellschaft weiterführen. Wir treten national wie international für die gerechte Globalisierung und eine dem Frieden, der Gewaltfreiheit, den Menschenrechten und der Demokratie verpflichtete Außenpolitik ein.